

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 06.11.2017 zu der Berichterstattung über Venezuela am 26.10.2017

Die Herren Klinkhammer und Bräutigam kritisieren in einer Programmbeschwerde vom 06.11.2017 die Berichterstattung von ARD-aktuell über Venezuela, konkret eine Meldung auf tagesschau.de vom 26.10.2017 zur Verleihung des Sacharow-Preises an die Opposition in Venezuela. Insbesondere kritisieren sie die Formulierung „entmachtet und eingesperrt“ mit Blick auf Oppositionelle in Venezuela, da diese „negativ konnotiert“ sei und werfen der Redaktion Manipulation vor. Bei der Erwähnung der Zahl der Toten bei einer Protestwelle gegen die Entmachtung des Parlaments vermittelte die Redaktion nach Ansicht der Beschwerdeführer „den Eindruck“, ausschließlich die Regierung sei für die Todesopfer verantwortlich. Außerdem habe ARD-aktuell nicht über das Ergebnis der Wahlen in Venezuela berichtet, das sei Nachrichtenunterdrückung. Berichte über einen drohenden Staatsbankrott des Landes entsprängen „transatlantischer Propaganda“. Die Sanktionen der USA gegen Venezuela habe ARD-aktuell dagegen „nie zum Thema gemacht“, so die Beschwerdeführer.



Die Redaktion nimmt dazu wie folgt Stellung:

Fakt ist, dass das Parlament in Venezuela entmachtet wurde, indem ihm die Entscheidungsgewalt entzogen wurde, und dass vielen Oppositionspolitikern lange Haftstrafen wegen des Vorwurfs des Widerstands gegen Staatschef Maduro drohen. Im August übernahm die regierungstreue Verfassungsgebende Versammlung per Dekret die Befugnisse des von der Opposition dominierten Parlaments. Wörtlich heißt es in der kritisierten Meldung auf tagesschau.de:
Stellvertretend für die Opposition sollen der Präsident des de facto entmachteten Parlaments, Julio Borges, sowie mehrere andere Oppositionsführer und politische Gefangene die Auszeichnung erhalten.

Dass für die Todesopfer bei Protesten gegen die Entmachtung des Parlaments ausschließlich die Regierung verantwortlich sei, wird in der Meldung nicht behauptet. Dort heißt es lediglich:
In dem lateinamerikanischen Land wurden bei einer Protestwelle gegen die Entmachtung des von der Opposition dominierten Parlaments zwischen April und Juli mehr als 120 Menschen getötet.

Die drohende Staatspleite ist keine Erfindung der Redaktion: Die wirtschaftliche Lage des Landes ist bekanntlich katastrophal, diverse Ratingagenturen stuften die Kreditwürdigkeit Venezuelas bereits auf eine Stufe über der Zahlungsunfähigkeit herab - das Land ist mit geschätzten 133 Milliarden Euro bei ausländischen Gläubigern verschuldet.

Über die Hintergründe und Ursachen haben wir auf mehreren Auspielwegen ausführlich berichtet:

https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-maduro-schulden-101~_origin-cbc3d472-e83e-4717-a667-cde9c29e44e7.html

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-343541.html>

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-343565.html>

Anders als die Beschwerdeführer behaupten, haben wir auch mehrfach über die Sanktionen der USA gegen Venezuela berichtet, zum Beispiel hier:

<https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-usa-103.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/trump-venezuela-103.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-usa-105.html>

Gleiches gilt für die Wahl in Venezuela, über deren Ausgang wir ebenfalls ausführlich berichten, zum Beispiel hier:

<https://www.tagesschau.de/ausland/wahl-venezuela-107.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/wahl-venezuela-109.html>

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-313617.html>

Die Vorwürfe der Herren Klinkhammer und Bräutigam weisen wir nach Überprüfung der kritisierten Berichterstattung zurück.

Hamburg, 28.11.2017



Dr. Kai Gniffke
Erster Chefredakteur ARD-aktuell